

SPD

Die Politik der Sozialdemokraten wurde in den letzten zehn Jahren vor allem durch das Handeln der Regierung Schröder, später durch die SPD-Minister in der großen Koalition wahrgenommen. Nicht die SPD hat Reformen eingeleitet, sondern die Regierung angesichts der vor ihr liegenden Wirtschaftsprobleme. Der SPD blieb nur die Aufgabe, diese Reformschritte Mitgliedern und Wählerschaft verständlich zu machen und unvermeidliche Maßnahmen möglicherweise so zu modifizieren, damit sie erträglicher schienen.

Dies drückt sich im Beschluss des Berliner Parteitages vom 21.3.2004 unter dem Leitmotiv „Manifest für eine sozialdemokratische Innovationspolitik“ so aus:

„Ohne Fleiß, Zielstrebigkeit und auch Disziplin wäre Deutschland nie zu einem der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt geworden. Unsere weltweit einzigartige Wirtschaftsdemokratie, die Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Tarifautonomie haben die Wirtschaft beflügelt, haben Aufstieg und Wohlstand gebracht nach Krieg und Zerstörung. .. Was gemeinsam erarbeitet wird, wird fair geteilt, zwischen Vermögenden und weniger Vermögenden. .. Das ist .. die Erfolgsgrundlage für die Zukunft. Der Staat behält dabei die Aufgabe, durch die Finanzierung ausreichender öffentlicher Güter und die Bereitstellung von Mitteln Chancengleichheit und Sozialstaat zu gewährleisten.“

Unter dem Stichwort „solidarische Gesellschaft“ wird präzisiert: „Dauerhafte Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit müssen wie der Ruhestand in einer vernünftigen Mischung von Solidarversicherung, Steuerfinanzierung und eigenverantwortlichem Engagement finanziell abgesichert werden. Wir arbeiten am Ziel einer solidarischen Bürgerversicherung.“

**Es geht um Erträglichkeit der Arbeitslosigkeit, nicht um deren Abschaffung:
„Dauerhafte Arbeitslosigkeit soll.. finanziell abgesichert werden.“**

Menschen sind zu versorgen, nicht etwa ihre schöpferische Kraft zu wecken.

Die Verteilung des Wohlstandes ist das Thema politischen Handelns, dessen Förderung nur dort, wo es den Menschen nichts abverlangt, z.B. in der Bildungspolitik.

Dennoch hat die SPD wichtige Arbeit geleistet, indem sie die Notwendigkeit der von der Bundesregierung eingeleiteten Reformschritte nicht generell konterkarierte sondern die Grenzen des Realisierbaren diskutierte und Zwischenergebnisse verständlicher machte. Der Widerspruch zwischen Handlungsnotwendigkeit der Regierung und Bewusstsein der Mitgliedschaft hat schließlich die SPD zerrissen und führte zur Gründung der Linkspartei.

Mut zu entschlossenem und konzeptionell klarem Handeln hat diese Erfahrung der SPD auch bei anderen Parteien nicht geweckt.

Mit dem Hamburger Grundsatzprogramm 2007 hat die SPD mit Kurt Beck öffentlich sichtbar eine Kehrtwende zurück gemacht.

Angesichts boomender Wirtschaft sind sozial Schwachen keine besonderen Leistungen abzufordern; die Unternehmen sollen existenzsichernde Löhne zahlen, damit Geringverdiener aus der Abhängigkeit von Hartz IV befreien und den Staatshaushalt entlasten.

Betrachtet man die Beschlüsse etwas genauer, stellt sich allerdings heraus, dass dies Programm abseits der bekannten Schlagzeilen progressiver ist als das vorige:

Zum Bild des Menschen gehört: „Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. Niemand kann und soll sie ihm abnehmen.“ Wer das ernst nimmt, muss die Versorgungswirtschaft abbauen und die Hartz-IV-Bürokratie durch marktwirtschaftliche Anreize ersetzen. Einige tun dies: Mathias Platzeck, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück zeigen mit der Forderung nach Schaffung eines „vorsorgenden Sozialstaats“ anstelle des „nachsorgenden Staates Bismarckscher Prägung“, dass sie „auf der Höhe der Zeit“ sind⁵¹.

Ob sich konstruktive Reformüberlegungen in der SPD durchsetzen, ist angesichts der Wahlerfolge populistischer Forderungen auf kurze Frist allerdings zu bezweifeln.

In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren die Forderungen nach

- Mindestlöhnen und**
- Reichensteuer**